



12. Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip – Berichterstattung

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
25. März 2021

Der Stadtrat nimmt den vorliegenden Bericht zur Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips zur Kenntnis und schreibt das Postulat «Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip» ab.

nid 0.5.0.0 / 1

Sachlage /Vorgeschichte

Am 22. November 2018 reichte Stadtrat Tobias Egger die Motion M 186 «Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip» mit 21 Mitunterzeichnenden ein. Mit der Motion sollte der Gemeinderat beauftragt werden, gestützt auf das Informationsgesetz des Kantons Bern ein Reglement auszuarbeiten, das insbesondere die Bekanntmachung gemeinderätlicher Beschlüsse mittels Publikation im amtlichen Anzeiger regelt.

Das Anliegen wurde damit begründet, dass die Berichterstattung des Gemeinderats gegenüber dem Stadtrat und gegenüber der Öffentlichkeit in der letzten und der aktuellen Legislaturperiode mehrfach als spärlich kritisiert wurde. Das Informationskonzept von 2008 erscheine nicht umgesetzt und mit Verweis auf das Öffentlichkeitsprinzip sei es auch im Interesse des Gemeinderats, eine klare Regelung der Information anzustreben.

Der Gemeinderat legte in seiner Antwort dar, dass er das Anliegen unterstütze. Der demokratische Staat habe klar eine Informationspflicht und die Öffentlichkeit sei über Leistungen, Tätigkeiten und Beschlüsse von Exekutive und Verwaltung zu orientieren. Die Kommunikation sei damit eine Kernaufgabe jeder Behörde.

Weiter verwies der Gemeinderat in seiner Antwort darauf, dass er eine professionelle Kommunikation als Legislaturziel der Legislaturperiode 2018 – 2021 verankerte und per Anfang 2019 ein neues Informationskonzept in Kraft setzte. Dabei orientiere sich das Informationskonzept am Grundsatz, dass die Kommunikation die politische Partizipation fördern, das staatliche Handeln legitimieren und Vertrauen in die Behördentätigkeit stiften soll. Zu diesem Zweck solle transparent, sachlich und wahrheitsgetreu informiert werden. Ferner wurde ausgeführt, dass gemäss dem neuen Informationskonzept nach jeder Gemeinderatssitzung eine Medienmitteilung verschickt sowie sowohl auf der Website als auch im Anzeiger publiziert werden. Die Mitglieder des Gemeinderats, die Mitglieder des Stadtrats und die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sollen ferner per E-Mail mit dem Link auf die Website bedient werden. Der Gemeinderat vertrat in seiner Antwort die Ansicht, dass mit einer konsequenten Umsetzung des neuen Konzepts dem Anliegen weitgehend entsprochen werden könnte und deshalb die Ausarbeitung eines Reglements momentan nicht als zielführende Massnahme erscheine. Wichtig sei hingegen die Umsetzung und Etablierung der neuen Instrumente. Anschliessend sollen diese beurteilt und dem Stadtrat berichtet werden. Der Gemeinderat beantragte deshalb die Annahme des Vorstosses als Postulat.

Mit Beschluss vom 21. März 2019 nahm der Stadtrat den Vorstoss gemäss Antrag des Gemeinderats als Postulat an.

Umsetzung der offensiven Informationspolitik

Seit der Einführung des neuen Informationskonzepts Anfang 2019 ist der Gemeinderat sehr bestrebt, dieses konsequent umzusetzen. Einerseits wurde nach jeder Gemeinderatssitzung und auch vermehrt zu weiteren aktuellen Themen eine Medienmitteilung veröffentlicht. Während im Jahr 2018 insgesamt 16 Medienmitteilungen veröffentlicht wurden, waren es 2019 46 und im Jahr 2020 71 Mitteilungen, wie dem Mediacenter Archiv der Website zu entnehmen ist. Alle Medienmitteilungen wurden neben dem ordentlichen Versand an die Medien auch auf der Website veröffentlicht und im Anzeiger publiziert. Der Stadtrat, der Gemeinderat und die Mitarbeitenden der Verwaltung wurden jeweils mit dem Link auf die Website bedient, wie im Konzept vorgesehen.

Zudem wurden neben den beschriebenen Kanälen via Medien, Website und Publikationen im Anzeiger in jüngster Vergangenheit weitere Kanäle erprobt. Dabei haben sich beispielsweise Plakate oder Informationstafeln vor Ort als einfache und effektive Mittel erwiesen, um interessierte Bürgerinnen und Bürger dort zu erreichen, wo sie sich gerade befinden. Als weiteres Instrument haben sich Informationsanlässe etabliert, etwa für die Stadträtinnen und Stadträte oder auch für die Öffentlichkeit. Um noch einen Schritt weiterzugehen, wird beispielsweise im Rahmen der Initiative Stadtattraktivierung die Bevölkerung vermehrt zur Partizipation eingeladen. Beispiele dafür sind online Umfragen oder Partizipationsanlässe.

Im letzten Zwischenbericht zur Umsetzung der Legislaturziele 2018 – 2021 per Ende 2020 hielt der Gemeinderat fest, dass die offensive Informationspolitik des Gemeinderats gegenüber der Bevölkerung, der Öffentlichkeit und gegenüber Dritten sowie nach innen, innerhalb der Behörden und der Verwaltung gemäss dem neuen Informationskonzept seit 2019 fortgesetzt werden soll. Die Informationskanäle sollen weiter ausgebaut werden, um die Bevölkerung direkter und breiter zu erreichen sowie den Austausch mit der Bevölkerung und den verschiedenen Anspruchsgruppen zu intensivieren. Zu diesem Zweck hat die Stadt Nidau Anfang dieses Jahres beispielsweise die drei Social Media Kanäle Twitter, Facebook und Instagram eröffnet, um auch diesbezüglich dem aktuellen Standard zu entsprechen. In diesem Sinne versteht der Gemeinderat seine Kommunikationsaufgabe nicht nur als konsequente Umsetzung der eingeschlagenen offensiven Informationspolitik sondern vielmehr auch als stetige Weiterentwicklung.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Art. 54 Abs. 2 Bst. b der Stadtordnung sowie Art. 34 Abs. 1 und Art. 35 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

1. Die Berichterstattung wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat «Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip» wird abgeschrieben.

2560 Nidau, 23. Februar 2021

NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Die Stadtpräsidentin Der Stadtschreiber

Sandra Hess

Stephan Ochsenbein